Sächsischer Verband der Pflegeheimleiter begrüßt Reform

Die Bundesregierung hat das Pflegestärkungsgesetz verabschiedet. Sachsens Heimleiter werten die Veränderungen als positiv.

VON EVA PRASE

CHEMNITZ – In Altenheimen werden die geplanten Neuerungen der Pflegeversicherung „durchaus positiv" bewertet. Das sagte der Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen, Sebastian Thieswald, der „Freien Presse". Er hat jahrelang selbst als Manager im Bereich der Pflege gearbeitet und berät als Chef der Aspida-Consulting Unternehmen der Branche. Er bereitet sie auf die wirtschaftlichen Veränderungen der Reform vor.

Zuvorderst begrüßte er, dass Demenzkranke mit eingeschränkter Alltagskompetenz automatisch höher eingruppiert werden. „Damit wird sichergestellt, dass Personen, die in die jetzige Pflegestufe II kamen, die Pflegegruppe vier erhalten. Sie haben damit Anspruch auf ausreichend Hilfe." Zudem wertete er positiv, dass die Zuzahlung in jeder Gruppe gleich ist. „Es muss also niemand auf eine höhere Eingruppierung verzichten, weil er glaubt, es sich nicht leisten zu können."

Zudem werde mehr Transparenz hergestellt. Künftig erhielten Betroffene und ihre Angehörigen automatisch das Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, auf dem die Eingruppierung in Pflegegruppen basiert. Thieswald: „Bislang wurde nur auf Antrag Einsicht in die Gutachten gewährt. Entsprechend schwierig war es, in Widerspruch zu gehen."

Positiv sei zudem, dass sich die Blickrichtung bei der Pflege verändert habe. Künftig soll im Vordergrund stehen, was eine Person noch kann. Derzeit orientiert sich Zahlung von Pflegegeld ausschließlich an den Dingen, die sie nicht mehr erledigen kann. Thieswald sieht darin einen Paradigmenwechsel. Zunächst seien von dieser Neuorientierung die niederen Pflegestufen betroffen. Nach groben Kalkulationen gibt es zwar für die jetzige Pflegestufe 1 – was künftig der Pflegegruppe II entspricht – rund 300 Euro weniger im Monat. Nicht wenige Menschen werden davon betroffen sein und vonseiten der Gewerkschaften regte sich diesbezüglich am Mittwoch bereits Widerstand. Thieswald gewinnt der Veränderung allerdings Gutes ab. „Es war seit Jahren Ziel der Politik, in den Heimen vor allem Menschen mit großem Hilfsbedarf und entsprechend hohen Pflegestufen unterzubringen. Weniger hilfsbedürftige Menschen sollten so lange wie möglich im häuslichen Umfeld bleiben." Dafür schaffe das neue System Anreize – eben weil die Kassen weniger für die niedrigen Pflegegruppen eins und zwei zahlen. „Angehörige daheim werden mehr gefragt sein", sagte Thieswald. „Wir müssen wieder zu einem normalen Familienverständnis zurückfinden, auch was die Pflege betrifft."

Sebastian Thieswald
Verbandsvorsitzender

FOTO: PRIVAT

Thieswald ist sich bewusst, dass es dazu auch gegenteilige Auffassungen gibt. So hatte etwa die gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Pia Zimmermann, kritisiert, dass „Pflege oft eine Familienangelegenheit" bleibt. Thieswald kann allerdings nichts Schlechtes daran finden, Familien wieder stärker mit in die Pflege einzubinden – vor allem, wenn sich ältere Menschen in einem Zustand befinden, in dem sie vieles noch selbst tun können. „Wir müssten uns von unserer völlig falschen Blickrichtung verabschieden, dass die Pflegeversicherung einer Vollkaskoversicherung gleicht, bei der die Solidargemeinschaft für alle möglichen Leistungen in Anspruch genommen wird." Die Versicherung und die Bedingungen für die Heime und die ambulante Pflege wurden wieder dafür ausgelegt, sich auf wirkliche Pflege zu konzentrieren.

Die Veränderung der Pflegestruktur könne nicht zuletzt dahin führen, dass der bürokratische Aufwand gesenkt wird. Pfleger könnten damit mehr Zeit für die Betreuung alter Menschen haben. Allerdings kann auch Thieswald nicht übersehen, dass das Pflegestärkungsgesetz ein gravierendes Problem nicht löst: Es bleibt die Frage unbeantwortet, woher gut ausgebildete Pflegekräfte kommen sollen. „Schon jetzt sind manche Heime nicht voll belegt. Nicht weil sie keine Anfragen von Pflegebedürftigen hätten, sondern, , weil ihnen Personal fehlt", erläuterte Thieswald.

Heime sollen sich stark Pflegebedürftigen widmen. FOTO: PATRICK PLEUL/DPA